WELT+ MEINUNG UNSERIÖSE KLIMAPROGNOSE

Die Robert-Habeck-Katastrophe

Stand: 07.03.2023 | Lesedauer: 6 Minuten

Von **Axel Bojanowski**
Chefreporter Wissenschaft

Quelle: pa/dpa/Kay Nietfeld

Mit einer alarmistischen Studie über die Gefahren der Erderwärmung schwört Wirtschaftsminister Robert Habeck die Deutschen auf noch mehr Klimaschutz ein. Das Medienecho fiel aus wie erhofft. Doch bei näherem Hinsehen erweisen sich die Angaben als geradezu skandalös falsch.

Die fortschreitende globale Erwärmung zu bremsen ist seit 30 Jahren Ziel der Vereinten Nationen. Denn diese Erwärmung birgt große Gefahren: Hitzewellen nehmen zu, Starkregen mancherorts ebenfalls, Gletscher schmelzen, der Meeresspiegel steigt. Die Klimaforschung hat gezeigt, dass sich diese Wetterrisiken im Zuge weiterer Erwärmung verschärfen dürften (/wissenschaft/article233011855/IPCC-und-Klimawandel-Globale-Erwaermung-und-die-Folgen-das-steht-im-neuen-UN-Klimabericht.html).

Kaum jemand zweifelt deshalb daran, dass es sinnvoll wäre, den Klimawandel aufzuhalten, indem der Ausstoß klimawirksamer Treibhausgase gedrosselt wird. Aber zu welchem Preis?

Die von westlichen Staaten und der Weltbank forcierte Einschränkung der Förderung fossiler Energie bringt bereits

wirtschaftliche und soziale Probleme mit sich, vor allem in Afrika (https://foreignpolicy.com/2022/04/11/the-world-bank-and-imf-are-getting-it-wrong-on-climate-change/). Die Erforschung der Abwägung von Kosten und Nutzen des Klimaschutzes wurde 2018 mit dem bisher einzigen Wirtschaftsnobelpreis für Klimaforschung belohnt: Der Ökonom William Nordhaus hatte ermittelt, dass die globale Erwärmung erst ab 3,5 Grad teurer würde als die Kosten der Treibhausgas-Reduzierung.

Die Kosten hochrechnen

Andere Forscher haben später niedrigere Temperaturwerte für diese Kostenschwelle ermittelt. Alle aber verdeutlichten, dass abgewogen werden muss zwischen Energiewende und Erwärmung. Um den Ausbau erneuerbarer Energien zu beschleunigen, versucht die zuständige Lobby die Kosten des Klimawandels hochzurechnen.

Das Bundeswirtschaftsministerium von Robert Habeck (Grüne), das sich dem beschleunigten Ausbau von Windkraft und Solarenergie verschrieben hat, beauftragte drei private Institute damit, die Kosten der fortschreitenden Erwärmung für Deutschland zu berechnen. „Das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW), die Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforschung mbH (GWS) und die Prognos AG haben die unterschiedlichen Kostendimensionen von Klimaschäden systematisiert“, verkündete (https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2023/03/20230306-konsequenter-klimaschutz-und-vorsorgende-klimaanpassung-verhindern-milliardenschaeden.html) das Ministerium am Montag.

„Bis zur Mitte des Jahrhunderts rechnen die Forschenden je nach Ausmaß der Erderwärmung mit kumulierten volkswirtschaftlichen Schäden in Höhe von 280 bis 900 Milliarden Euro“, heißt es weiter. Das sei das „Ergebnis einer aktuellen Studie“.

Die Pressemitteilung war ein Erfolg. Nachrichtenagenturen verbreiteten ihren Inhalt ohne Einordnung, die meisten Medien übernahmen die Meldung, auch WELT (/wirtschaft/article244118633/Klimawandel-koennte-Deutschland-bis-2050-900-Milliarden-Euro-kosten.html). Dabei handelt es sich bei der „Studie“ weder um eine wissenschaftliche Studie noch um eine glaubwürdige Darstellung.

Grundlage der Berechnungen ist die „Klimawirkungs- und Risikoanalyse für Deutschland 2021“ des Umweltbundesamtes, die klimatologisch auf unrealistischen Annahmen (/debatte/kommentare/plus231839611/Klimaprognosen-der-Bundesregierung-Unrealistisch-und-irrefuehrend.html) beruht: auf dem sogenannten RCP-8.5-Szenario nämlich, das Klimaforschern zufolge nicht mehr

verwendet werden sollte, weil es eine unplausibel extreme Treibhauswelt zeigt (/wissenschaft/plus241959167/Klimawandel-Die-unrealistischen-Horror-Szenarien.html).

RCP 8.5, zu Deutsch „repräsentativer Konzentrationspfad 8.5“, beschreibt eine Entwicklung, bei der die CO_2-Konzentration in der Luft so stark ansteigt, dass das Treibhausgas die globale Erwärmung um 8,5 Watt pro Quadratmeter verstärkt. Für RCP 8.5 müsste die CO_2-Konzentration von heute 420 Luftteilchen pro eine Million Luftteilchen (ppm) auf 1400 Teilchen pro eine Million steigen.

Nicht einmal die Hälfte des Szenarios

Derzeit fügt die Menschheit der Luft etwa drei ppm CO_2 pro Jahr hinzu. Ginge der CO_2-Ausstoß bis Ende des Jahrhunderts konstant weiter, was Experten angesichts der eingeleiteten Energiewende als pessimistisches Szenario erscheint, würden weitere 3200 Milliarden Tonnen CO_2 in die Luft gelangen: Damit wäre nicht einmal die Hälfte des RCP-8.5-Szenarios erreicht. Und Energieforscher rechnen im Laufe des Jahrhunderts sogar eher mit einem Rückgang des globalen CO_2-Ausstoßes.

Der Erwärmungstrend verläuft (https://climateactiontracker.org/global/temperatures/) seit Jahren schwächer als das Szenario „RCP 4.5“, was den Klimamodellen zufolge freilich immer noch eine riskante globale Erwärmung von weiteren anderthalb bis zwei Grad bedeuten würde. Aber erst das RCP-8.5-Szenario liefert verlässlich apokalyptische Szenarien.

Klimaforscher mahnen seit Langem (https://media.nature.com/original/magazine-assets/d41586-020-00177-3/d41586-020-00177-3.pdf), das RCP 8.5 nicht mehr zu nutzen. Die US-Regierung hat es nach Druck aus der Wissenschaft gerade aus seinen Prognosen verbannt (https://rogerpielkejr.substack.com/p/the-biden-administration-abandons). Dass die Bundesregierung ihren Landsleuten anhand dieses Szenarios nun vorrechnet, wie teuer der Klimawandel werden könnte, darf als skandalös gelten.

Aber nicht nur das extreme Zukunftsszenario als Grundlage macht die Studie des Bundeswirtschaftsministeriums unglaubwürdig. Auch die Annahmen für die Vergangenheit sind nicht nachvollziehbar.

„Von 2000 bis 2021 sind mindestens 145 Milliarden Euro Schäden durch die Folgen der Klimakrise entstanden, alleine 80 Milliarden davon seit 2018“, so die sogenannte Studie. Allein die Flutkatastrophe 2021 in Westdeutschland habe „mindestens 40,5 Milliarden Euro“ Schäden verursacht, heißt es unter Berufung auf eigene Berechnungen.

Wetterschäden dem Klimawandel zuzuschreiben ist in Medien und bei Aktivisten üblich, es ist aber

unzulässig. Nach der Flut in Westdeutschland hatten Forscher zwar mit sogenannter Attributionsforschung festgestellt, dass im Zuge der Erwärmung mit mehr Starkregen in Westeuropa gerechnet werden müsse. Die Regenmengen zur Flut jedoch, so extrem sie auch waren, fielen nicht aus dem Rahmen. Die Region hätte vorbereitet sein müssen.

Deutlich rückläufig

Auch ohne Klimawandel hat es in Westdeutschland in vergangenen Jahrhunderten ähnliche Fluten gegeben. Die Erwärmung kann zwar Wetterextreme verschärfen, Extreme wären sie aber meist auch ohne Klimawandel. Die Kosten für einen Wetterschaden vollständig der globalen Erwärmung anzulasten ist mithin unseriös.

In Deutschland zeigen Wetterschäden bislang keinen steigenden Trend. Die Zahl der Wetterkatastrophen in Europa seit 2001 ist sogar zurückgegangen (https://cred.be/downloadFile.php?file=sites/default/files/CredCrunch64.pdf). Vermehrter Starkregen wiederum wirkt sich global bislang nicht negativ aus: Sowohl Opferzahlen als auch Schäden durch Flusshochwasser und Sturzfluten sind deutlich rückläufig (https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0959378019300378?via%3Dihub.).

Die Menschheit passt sich bislang schneller an den Klimawandel an, als der sich zuspitzt: Obwohl die Weltbevölkerung sich vervierfacht hat in hundert Jahren, sind die wetterbedingten Opferzahlen um mehr als 90 Prozent gesunken. Wetterschäden steigen zwar global gesehen, dem Klimawandel lässt sich die Zunahme aber nicht anlasten: Von der Zunahme der Schadenssummen bleibt nichts übrig, wenn der Wertzuwachs durch vergrößerte Siedlungen und die Geldinflation aus den Daten abgezogen werden.

Weil die Bevölkerung sich mit Messdaten also schwerlich für den Kampf gegen die Erwärmung einspannen lässt, versuchen es die Kämpfer für erneuerbare Energien seit rund 20 Jahren mit dem Fokus auf ökonomische Prognosen.

Eine zentrale Kampagne gründeten Milliardäre aus den USA um Tom Steyers und Michael Bloomberg, die in Erneuerbare investieren. 2012 diskutierten sie nach Recherchen (https://www.nytimes.com/2015/02/01/business/energy-environment/climate-changes-bottom-line.html) der „New York Times“ in Steyers Haus die Frage, „wie Klimawandel dargestellt werden könnte, um ihn fühlbar und unmittelbar machen zu können“.

Die Leute müssten Angst um ihr Geld kriegen, um den Klimawandel ernst zu nehmen, glaubten Steyer, Bloomberg und ihre Verbündeten. Sie starteten unter Beteiligung von Wissenschaftlern eine

Kampagne, die ökonomische Schreckensszenarien auf Basis des RCP-8.5-Szenarios berechnete (/wissenschaft/plus241959167/Klimawandel-Die-unrealistischen-Horror-Szenarien.html). Das Medienecho auf die Studien fiel aus wie gewünscht.

Habecks neue „Studie“ reiht sich ein; sein Ministerium erläutert seine Ziele in seiner Pressemitteilung: „Unter Federführung des Bundesumweltministeriums arbeitet die Bundesregierung derzeit an einer vorsorgenden Klimaanpassungsstrategie mit messbaren Zielen“, heißt es. „Für das Bundeswirtschafts- und Klimaschutzministerium steht die beschleunigte Transformation des Energiesystems ganz oben auf der Agenda. Hier muss Deutschland das Tempo deutlich beschleunigen.“

Die Deutschen besser vor Extremwetter zu schützen scheint dem Wirtschafts- und Klimaschutzminister hingegen nicht so wichtig. Fertige Pläne für ein Forschungsinstitut für Klimawandel-Anpassung hat die Bundesregierung gerade abgelehnt (/politik/deutschland/plus241338043/Forschungsfoerderung-Deutschlands-zweifelhafte-Milliarden-Strategie.html). Stattdessen genehmigte sie ein Institut für Astronomie.

Teilen Sie die Meinung des Autors?

JA 7739 NEIN 292

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: http://epaper.welt.de

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: https://www.welt.de/244143237